

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (13)



10. März 2023

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Hauptthema der Kreistagssitzung am 8. März war der Haushalt 2023. Zwar wurde im vergangenen Jahr eigentlich ein Doppelhaushalt für 2022/2023 beschlossen, doch das Regierungspräsidium genehmigte nur den ersten Teil. Zu groß waren die finanziellen Unwägbarkeiten wegen der Corona-Folgen. Und auch die deutsche Beteiligung am Wirtschaftskrieg gegen Russland wirkt sich mit enormen Preissteigerungen negativ aus.

Nachdem der Wetteraukreis nun viele Jahre seinen Haushalt mit Überschüssen abgeschlossen hatte, müssen 2023 wohl wieder Kredite bis zu 36 Millionen Euro aufgenommen werden.

Positiv ist, dass die Investitionen für die Sanierungen und Neubauten der Schulen aufrecht erhalten bleiben. Ansonsten hat die Koalition aus SPD und CDU kaum Ambitionen. Nun wird wohl zukünftig wieder jede Forderung zur kreiseigenen Wohnungspolitik, zur Armutsbekämpfung oder zum ausreichenden Klimaschutz mit dem Totschlagargument abgewürgt werden: Wir haben kein Geld. Was vor allem im Haushalt fehlt, haben wir in unserer Haushaltsrede deutlich gemacht.

Die Kreistagssitzung fand am Internationalen Frauentag statt. Die AfD führte eindrücklich vor, was sie von Frauenrechten hält: Sie will Gleichstellungsprojekten das Geld streichen, will Schwangerschaftsabbrüche verbieten, faselt vom umfassenden Menschenrecht für das ungeborene Leben. Frauen, die über ihren Körper selbst bestimmen wollen, seien egoistisch und hätten kein Recht. Wir hoffen: Der letzte Zweifel darüber, ob wir noch einen Frauenkampftag brauchen, sollte nach diesem Halali ausgeräumt sein.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Vier Haushaltsanträge DIE LINKE.: 1. Umsetzung des Aktionsplans Inklusion
2. Ausreichend Startkapital für die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft und eine Wohnungsbörse im Kreishaus 3. Sozialtarife für Strom und Mobilität 4. Eigener Teilhaushalt für den Klimaschutz und mehr Personal
2. Anträge der Grünen: Mehr Mittel für die medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung, leicht zugängliche Informationen für Schwangere auf der Website des Kreises, Verbesserungen bei der Schulsozialarbeit
3. Antrag der Freien Wähler: Mittel für den Neubau der Kreisverwaltung streichen
5. Anträge AfD: Schutz des ungeborenen Lebens und Klage gegen das Land Hessen wegen der Zuweisung von Flüchtlingen

RÜCKLICHT

Klausur des Kreisvorstands und der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Wetterau

Zwei Tage lang wurde die Arbeit des vergangenen Jahres ausgewertet und über zukünftige Ziele diskutiert. Wir begrüßten den Chef des Gesundheitszentrums Wetterau, der über die Probleme und Perspektiven des GZW berichtete. Zum Thema Gewaltschutz fand ein erstes Seminar statt. Der Kreisvorstand Wetterau hat verpflichtende Schulungen dazu beschlossen.



Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!

Am 24. Februar fand in Friedberg auf der Kleinen Freiheit eine gemeinsame Kundgebung der Initiative „Wetterauer Aktion Frieden“ und der Partei DIE LINKE. statt. Der Krieg in der Ukraine tobt nun schon ein Jahr. Das Land droht in einem Stellvertreterkrieg zerrieben zu werden. Immer mehr Waffen werden keinen Frieden schaffen! Jetzt braucht es einen Waffenstillstand und Verhandlungen!

Aufruf zum Ostermarsch 2023: Karfreitag, 14 Uhr: Bruchköbel, Marktplatz.

Ostermontag, 11 Uhr: Treffpunkt des Nordzugs am amerikanischen Konsulat in Frankfurt, Ecke Gießener Straße/Marbachweg. Demonstration zum Römerberg. Dort ab 13 Uhr Kundgebung.



19. Februar – Jahrestag der Morde in Hanau

Auch in Friedberg fand eine Gedenkveranstaltung statt. Vor drei Jahren wurden neun junge Menschen mit Migrationshintergrund von einem rassistisch verhetzten Mörder getötet. Behördenversagen und Ignoranz verhinderten Hilfe und später auch die Aufklärung der Morde. Derzeit findet im Hanauer Rathaus eine Ausstellung statt, in der diese Versäumnisse dokumentiert werden. Die Ausstellung läuft bis zum 18. März und ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Haushaltsdebatte

Am 8. Oktober 2023 wird ein neuer Landrat gewählt – oder eine neue Landrätin. Auf diesen Termin einigte sich der Kreistag. Damit fällt der Wahltag mit der Landtagswahl in Hessen zusammen.

Der Landratswahlkampf hat im Kreistag schon begonnen. Nicht die Fraktionsvorsitzende der SPD hielt die Haushaltsrede für ihre Partei, sondern der Landratskandidat Rouven Kötter.

Natürlich lobten sich die Koalitionsparteien selbst. Das war zu erwarten. Die bisherige Arbeit wurde positiv bewertet, Probleme machen bestenfalls die Flüchtlinge.

Leider griffen die bürgerlichen Oppositionsparteien den Haushalt nicht inhaltlich, sondern lediglich formal an. Die Grünen forderten mehr Transparenz: Über beschlossene Vorhaben würde nicht ausreichend berichtet, Probleme würden nicht rechtzeitig in den Ausschüssen beraten und von Maßnahmen Betroffene würden nicht angehört. FDP und Freie Wähler stellten Vermutungen über Konflikte in der Koalition an und hielten sich damit auf, den Kämmerer zu schelten, weil der Haushalt 2023 nicht gleich genehmigt worden war. Das hätten Sie natürlich sehr viel besser gemacht. Der Fraktionsvorsitzende der AfD redete über Bundespolitik und Flüchtlingsfluten. Man kann berechnete Zweifel haben, ob er den Haushalt überhaupt mal gelesen hat.

Mit einer inhaltlichen Kritik und der Forderung nach einer anderen Schwerpunktsetzung standen wir alleine.

Das war unsere Haushaltsrede:

Herr Kreistagsvorsitzender, geschätzte Anwesende, zuerst mal vielen Dank an alle, die diesen Haushalt aufgestellt haben. Formal ist er übersichtlich und hat eine verständliche Systematik, was sehr hilfreich für alle ist, die sich nicht dauernd mit Haushalten beschäftigen. Danke dafür – das war ja nicht immer so!

Die Fraktion DIE LINKE. wird den Haushalt ablehnen. Inhaltlich haben wir grundlegende Kritik. Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist leider nur ein „weiter so“. Und das in Zeiten mit wirklich schwerwiegenden Problemen, die zwingend und ohne zögern angegangen werden müssten.

Wenn man den Haushalt anschaut, sind vor allem die Teile interessant, die fehlen und nicht die Teile, die natürlich drinstehen, weil der Wetteraukreis dazu – und man muss ja sagen „zum Glück!“ - gesetzlich verpflichtet ist und sie umsetzen muss.

Aber auch hier, bei den gesetzlich vorgegebenen Aufgaben, bringen Sie, meine Damen und Herren der Koalition, viel Energie auf, um insbesondere die sozialen Leistungen auszuhöhlen und zu untergraben.

Gehen wir in die Details:

Da ist zuallererst die Wohnungsnot bei bezahlbarem Wohnraum. Im Haushalt kommt dazu bezeichnenderweise nichts vor. Es ist kein Geld eingeplant. Wir haben hierzu einen Änderungsantrag gestellt.

Wenn heute der Landrat überall in der Presse jammert und heult, Geflüchtete könnten nicht untergebracht werden, dann ist das Politikversagen, wenn man es freundlich ausdrückt! Und ich sage Ihnen auch wieso: Ihre Fraktionen haben seit Jahren das Problem mit der Wohnungsnot im unteren Preissegment total ignoriert. Dafür gibt es keine Entschuldigung.

Dass Sie es nicht gewusst haben, können sie nämlich nicht behaupten: Seit 2012 und dann mit noch mehr Nachdruck seit 2015 haben wir immer wieder auf das Problem aufmerksam gemacht. Gut, auf uns wollen Sie nicht hören. Aber es wurde ja nicht nur von uns, sondern auch von Sozialverbänden, Gewerkschaften und von Mietervereinigungen darauf hingewiesen, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt. Selbst in den offiziellen Statistiken ist es zu lesen.

Wir haben hier immer wieder eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft beantragt. Aber Sie haben davon jahrelang nicht nur nichts wissen wollen: Sie haben darüber hinaus tatenlos zugesehen - und tun es noch - wie in den letzten 10 Jahren 40 Prozent der Sozialwohnungen im Wetteraukreis abgebaut worden sind. Sie haben nichts, gar nichts, getan, wenn die Kommunen ihre Wohnungen verkauft oder umgewidmet haben. Oder wenn sie die eigentlich gesetzlich geforderten Notwohnungen gar nicht mehr vorhalten.

Ach, Sie sind nicht zuständig? Sind Ihre Parteikollegen nicht in den kommunalen Parlamenten? Sind SPD und CDU aber auch andere Parteien nicht die Verantwortlichen in den kommunalen Parlamenten und auch in Land und Bund?

Nicht zuletzt hätten Sie mit einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft und mit einem entsprechenden politischen Willen allerhand verhindern – sehr wahrscheinlich auch verbessern – können.

Vor der letzten Kommunalwahl sahen Sie sich dann endlich gezwungen, einen Beschluss zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu fassen. Und seitdem betreiben Sie die Realisierung des Kreistagsbeschlusses mit – drücken wir es mal nett aus - geruhsamer Beschaulichkeit . Und sie denken gar nicht daran, die WoBau finanziell arbeitsfähig auszustatten. Leerstelle im Haushalt! Nichts!

Und jetzt suchen Sie das Problem bei Geflüchteten?

Und es ist ja noch viel schlimmer: Der Herr Landrat - allen voran - sucht das Problem nur bei bestimmten Geflüchteten. Über die zahlreichen ukrainischen Geflüchteten beklagen Sie sich nicht. Da müssten Sie sich ja über die Politik Ihrer Parteien in Berlin beschweren. Stattdessen fordert der Herr Landrat, die Balkanroute zu schließen und Sie weisen die Schuld an den Belastungen den so genannten „Weltflüchtlingen“ zu. In völliger Verkennung der realen statistischen Zahlen. Aber ich gehe an dieser Stelle jetzt nicht weiter darauf ein, welche tumben Gefühle und Vorurteile hier bedient werden. Ich bleibe erst mal bei der Wohnungsfrage.

Meine Damen und Herren,

wenn rund 800 Geflüchtete nicht aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen können – obwohl sie es dürften – weil sie keine bezahlbare Wohnung finden, dann müsste eigentlich klar sein, wie dringend es bezahlbaren sozialen Wohnraum braucht. Und natürlich ist es dann ein Riesenproblem, wenn noch mehr Geflüchtete kommen. Wo sollen die denn hin? Das ist ja eine berechtigte Frage.

Man könnte - wenn man das politisch wollte – spätestens jetzt umdenken und mit Nachdruck eine soziale Wohnungspolitik beginnen. Damit es wenigstens in mittelfristiger Zukunft zu einer Entschärfung der Wohnungsnot kommen würde. Man könnte sich mindestens so lautstark wie bei der Zuweisung von Geflüchteten dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Koalitionsvertrag umsetzt und die versprochenen 400.000 Sozialwohnungen pro Jahr realisiert.

Stattdessen zeichnen Sie ein Unheilsszenario mit einer Flutwelle von jungen Männern, die uns überschwemmt.

Liebe Leute, die jungen Männer sind doch nicht das Problem, sondern die Ignoranz, mit der die Wohnungsnot behandelt wurde und noch immer behandelt wird!

1. Haben Sie die zinsgünstigen Jahre untätig verstreichen lassen, in denen der Wetteraukreis Überschüsse hatte und in denen das Land Hessen zahlreiche Wohnungsbau- und Förderprogramme aufgelegt hatte. Sie haben diese Möglichkeiten nicht genutzt.

JETZT werden Sie uns natürlich wieder mit dem klammen Haushalt kommen... Wir haben kein Geld und so weiter und so fort... Und es ist leider absehbar, dass Sie weiter untätig bleiben und zusehen werden, wie sich die Probleme verschärfen.

Und 2. gehe ich jetzt mal etwas genauer auf die ach so bedrohlichen jungen Männer ein: Deutschland hat einen Zuwanderungsbedarf von jährlich 400.000 bis 500.000 Menschen. Jährlich! Nicht einmalig!

Ich zitiere aus der Bertelsmann Studie „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050“: „Ohne Zuwanderung wird (...) das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bei konstanten Erwerbsquoten bis zum Jahr 2050 um rund 16 Millionen Menschen und damit um 36 Prozent zurückgehen. Ein stark sinkendes Erwerbspersonenpotenzial hat weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen Die Verfügbarkeit ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Stabilität eines Landes. Es ist nicht zu erwarten, dass der technologische Fortschritt (z. B. zunehmende Digitalisierung) allein den demographiebedingten Rückgang der Erwerbspersonen auffangen kann. Wenn dieser nicht ausgeglichen werden kann, drohen vielfältige volkswirtschaftliche Konsequenzen.“

Und das sagt auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, das sagt der Bundesverband der Deutschen Industrie, das sagt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das sagen die Industrie- und Handelskammern. Und zwar weisen ALLE ziemlich nachdrücklich darauf hin, dass diese Zuwanderer aus dem nichteuropäischen Ausland kommen müssen.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren:

In so einer Situation sollen JUNGE Männer DAS Problem sein? Ernsthaft?

Vielleicht machen Sie sich mal stark dafür, dass diese jungen Männer Deutschkurse bekommen und dass für sie Ausbildungsprogramme aufgelegt werden, statt fragwürdige „Das Boot ist voll“ Floskeln aufzugreifen, die rassistische Vorurteile bedienen!

Ich will betonen:

Wir sagen nicht, dass die Integration einfach ist. Selbstverständlich sehen wir die Herausforderungen für die Verwaltung, die Kreisspitze und die Kommunen, auch für die Gesellschaft. Aber wenn Sie Ihre Politik nicht ändern, werden die Schwierigkeiten ganz sicher nicht weniger. Und noch dazu werden alle Chancen, alle Positiva der Zuwanderung vertan!

Meine Damen und Herren,

es gibt auch noch ein weiteres Problem, das in Ihrer Darstellung grundsätzlich ausgelassen wird: Es geht gar nicht nur um Wohnraum für Geflüchtete.

Wir haben inzwischen 25 Prozent der Bevölkerung, die arm sind oder von Armut unmittelbar bedroht. Die Kinderarmut liegt unbestritten und offiziell schon bei 25 Prozent. Ein Viertel der Menschen ist arm.

Und eine bezahlbare Wohnung brauchen nicht nur Sozialhilfeempfänger:innen oder Arbeitslose. Auch die alleinerziehende Mutter, der Familienvater im Niedriglohnsektor, oder die Leute, die im Gesundheitswesen, bei der Kindererziehung oder für die öffentliche Sicherheit ihr Bestes geben, können von ihrem Lohn kaum die Wahnsinnsmieten bezahlen.

Und das ist das zweite grundlegende Problem, das wir mit Ihrem Haushalt haben: Armut wird als akutes Problem nicht erkannt.

Sie haben auch dieses Mal den Sozialhaushalt budgetiert. Warum machen Sie das?

Offiziell sagen Sie: Das garantiert die Haushaltsmittel in diesem Bereich. Aber die Bereitstellung der Mittel würde auch ohne Budgetierung funktionieren. Das ist Aufgabe eines Haushalts! Eher sieht es doch so aus:

Sie können ohne Beschluss des Kreistags Mittel innerhalb des Budgets verschieben, zum Beispiel um Löcher zu stopfen. In einigen Teilhaushalten wird versucht zu sparen, um in anderen Haushaltsbereichen keine höheren Mittel ausweisen zu müssen.

Letztes Jahr konnten wir das mal beobachten.

Die Kinder- und Jugendhilfe hatte durch neue Aufgaben mit einer enormen Steigerung von 4,9 Millionen zu kämpfen. Das konnte nicht durch Mittelverschiebung im Sozialbudget ausgeglichen werden. Sie brauchten damals einen Kreistagsbeschluss, um Mittel des Jobcenters in die Kinder- und Jugendhilfe umzuleiten.

Wir verstehen, dass Jugendhilfe viel kostet. Aber braucht das Jobcenter wirklich 4,9 Millionen Euro nicht?

Hier wurde einmal deutlich, dass es durchaus problematisch sein kann, Mittel von einem Teilhaushalt zum anderen zu verschieben. Innerhalb des Budgets sind die Umschichtungen aber problemlos möglich und es ist nicht demokratisch kontrollierbar, ob es dort, wo man das Geld abzieht wirklich nicht benötigt wird.

Nun wäre das kein Problem, wenn es keine Auswirkungen auf die Menschen hätte. Aber wir sehen Indizien dafür, dass es Auswirkungen hat.

Ein paar Beispiele, die uns aufgefallen sind:

Um Geld zu sparen, gibt es Verzögerungen bei der Gewährung von Leistungen.

Solche Verzögerungen passieren zum Beispiel in besonderem Maße bei der Unterhaltsvorschusskasse. Aber auch beim Sozialamt bei der Grundsicherung. Häufig wenn eine Erstausrüstung für Kinder oder generell der Wohnung nötig ist. Auch im Jugendamt kommen solche Verzögerungen vor.

Wie läuft das ab?

Es werden Unterlagen angefordert, die schon abgegeben wurden oder von denen klar ist, dass sie schwerlich beschafft werden können. Es werden Belege doppelt und dreifach verlangt und Nachweise nicht anerkannt. Und dann lässt man sich noch viel Zeit oder vergisst auch mal die eine oder andere eingereichte Quittung, den ein oder anderen Antrag.

Dann werden die Leistungen im ersten Durchgang oft abgelehnt. Bei einem Widerspruch und nach viel hin und her wird dann endlich gewährt, was den Menschen zusteht. Manchmal erst, nachdem ein Rechtsanwalt bemüht wurde.

Den Zweck, die Leistungen zu verzögern hat das dann aber erfüllt.

Besonders fragwürdig sind zeitliche Verzögerungen oder gar Nichtgewährung von Leistungen, wenn es um Darlehen geht. Ich wiederhole: Um Darlehen! Die sowieso zurückgezahlt werden müssen. Das passiert etwa bei der Kautionsdarlehen für eine Wohnung oder wenn Weißwaren neu beschafft werden müssen - also eine Waschmaschine oder ein Herd.

So ein Darlehen kann von den Betroffenen nicht auf einmal zurückgezahlt werden. Es gibt oft niedrige Ratenzahlungsvereinbarungen. Da lässt sich durch Nichtgewährung oder Verzögerung viel Zeit und Geld einsparen!

Genauso bei der Genehmigung zum Umzug. Menschen, die Sozialleistungen erhalten, brauchen diese Genehmigung, ehe sie einen Mietvertrag unterschreiben dürfen. Wahrscheinlich weil man Umzugskosten und Kautionsdarlehen einsparen will, dauern Genehmigungen bis zu sechs Wochen. Jeder, der den Wohnungsmarkt kennt, weiß, dass dann meistens die angebotene Wohnung weg ist. Der Kreis spart Geld.

Dann kommt es in letzter Zeit vermehrt zu einer weiteren unschönen Sparmaßnahme:

Bei einer Anerkennung des Flüchtlingsstatus und nach Erteilung des entsprechenden Aufenthalts wechseln Geflüchtete aus dem AsylbLG (Sozialamt des Wetteraukreises) zu Leistungen nach SGB II (Jobcenter). Wenn dieser Wechsel bevorsteht, stellt das Sozialamt des Wetteraukreises die Leistungen nach AsylbLG ein und informiert die Betroffenen, dass sie jetzt einen Antrag auf Hartz4 beim Jobcenter stellen sollen.

Das Jobcenter braucht wochenlang, diese Anträge zu bearbeiten. Wir kennen einen Fall, in dem es drei Monate gedauert hat, bis die Leistungen bewilligt wurden. In dieser Zeit erhalten Betroffene keine Unterstützung: Das Sozialamt fühlt sich nicht mehr zuständig, das Jobcenter noch nicht. Die Menschen – oft Familien mit Kindern – leihen sich Geld mühselig zusammen, um diese Zeit unter großer Belastung, oft auch mit zu wenig Nahrung zu überstehen und stehen dann vor einem Schuldenberg. Des weiteren zeigte sich mehrfach, dass erst ab der Entscheidung über den Antrag die Leistungen nach SGB II ausgezahlt werden. Und nicht ab Eingang des Antrags!

So entstehen Zeiten, in denen die Existenz der Menschen nicht gesichert ist.

Das Sozialamt mag nicht mit dem Jobcenter kommunizieren und warum?

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Meine Damen und Herren,

Als Letztes möchte ich noch auf unsere Anträge zum Haushalt eingehen:

Wir fordern eine bessere Kapitalausstattung der WoBau. Aber auch, dass die Wohnungsbörse, die für ukrainische Geflüchtete im Kreis aufgebaut wurde, für alle betrieben wird: Für alle Geflüchteten und auch für alle Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchen.

Es ist eine gute Initiative, die wir gerne verstetigt sehen möchten.

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit den hohen Kosten für Strom und Mobilität.

Beide Posten belasten Menschen mit geringem Einkommen in besonderem Maße.

Der Wetteraukreis kann sowohl auf die OVAG als auch die vgo Einfluss nehmen. Die Einführung einer entsprechenden Sozialchipkarte liegt also in seiner Hand.

Und damit kann armen und einkommensschwachen Menschen wirksam geholfen werden.

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit einer ziemlich dreisten Verzögerung:

Seit Jahren liegt ein Aktionsplan Inklusion für die Wetterau vor. Er wurde von einer engagierten Arbeitsgruppe ausgearbeitet und schimmelt seither in irgendwelchen Aktenschränken vor sich hin. Das ist skandalös!

Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung gilt auch hier bei uns. Und auch der Aktionsplan der Bundesregierung muss in der Wetterau umgesetzt werden!

Sie von der Koalition kriegen das ja offensichtlich nicht hin. Also beantragen wir eine Stelle dafür, die sich darum kümmert und am Ball bleibt.

Und last not least: Der Klimaschutz ist auch so ein Bereich, der im Haushalt nicht mit der nötigen Anstrengung vorkommt. Die Mittel sind in vielen Teilhaushalten verstreut und es zeigt sich, dass der Klimaschutzplan des Wetteraukreises nicht wirklich systematisch angegangen wird.

Auch das ist ein Thema, das zwar viel Geld kostet, aber durch Verzögerungen und Unentschlossenheit nur schlimmer wird.

Wir wissen, dass das alles Geld kostet. Doch wenn diese Probleme nicht angegangen werden, stehen Sie schon bald vor dem Scherbenhaufen Ihrer Politik.

Wir bitten um Zustimmung für unsere Anträge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsanträge DIE LINKE.

Unsere Haushaltsanträge ist hier zu finden:

Antrag zur besseren Kapitalausstattung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft und zur Einrichtung einer Wohnungsbörse beim Kreis:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1584-antrag-zum-haushalt-2023-ein-ausreichender-finanzstock-f%C3%BCr-die-kreiseigene-wobau-und-eine-wohnungsb%C3%B6rse-im-kreishaus.html>

Antrag für einen Sozialtarif bei Strom und Mobilität:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1583-antrag-zum-haushalt-2023-sozialtarife-f%C3%BCr-strom-und-mobilit%C3%A4t.html>

Antrag zur sofortigen Umsetzung des Aktionsplans „Inklusion“ und die Schaffung einer Stelle:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1585-antrag-zum-haushalt-2023-aktionsplan-inklusion-endlich-umsetzen.html>

Antrag zur Schaffung eines eigenständigen Teilhaushalts für Klimaschutz und die Aufstockung des Personals:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1582-antrag-zum-haushalt-2023-klimaschutz-braucht-einen-extra-teilhaushalt-und-mehr-personal.html>

Anträge der Grünen: Mehr Mittel für die medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung, leicht zugängliche Informationen für Schwangere auf der Website des Kreises, Verbesserungen bei der Schulsozialarbeit

Die Grünen beantragten mehr Finanzmittel für die medizinische Soforthilfe nach einer Vergewaltigung. Sie wollen mehr Werbung machen, dass diese Hilfe auch breit bekannt wird und sie fordern zusätzlich eine halbe Stelle beim Frauennotruf anzusiedeln. Für die Spurensicherung nach einer Vergewaltigung wird beantragt, dass entsprechenden Kits angeschafft werden sollen. Das ganze Paket soll die Beweisaufnahme nach einer Vergewaltigung besser ermöglichen. Die Koalition aus SPD und CDU hat sich bereits im Vorfeld positiv zu diesem Anliegen gestellt, so dass 25.000 Euro dafür beschlossen werden konnten. Einer halben Stelle wurde nicht zugestimmt. Die Koalition wollte nicht zwischen Sachkosten und Personal unterscheiden. Diese 25.000 Euro müssen jetzt sowohl für die Sachkosten als auch für die personelle Betreuung reichen.

Dennoch haben wir natürlich der Aufstockung zugestimmt.

Die eigentlich harmlose Forderung der Grünen, auf der Webseite des Kreises auf Beratungsstellen und Hilfsangebote für Schwangere und Schwangerschaftskonfliktberatung hinzuweisen geriet zu einer erbitterten Debatte um das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung.

Gegen den Antrag sprach auch die Koalition. Sie sahen keinen Grund, auf der Webseite des Kreises solche Links zu veröffentlichen. „Da schaut doch niemand nach“, war die Begründung. Die Grünen verwiesen darauf, dass Schwangere insbesondere in Konfliktsituationen vielleicht googeln und dann über jeden Link dankbar sind. Zu anderen Hilfsangeboten gibt es ja auch Links. Aber das wurde nicht akzeptiert.

Krasser ging die AfD bei diesem Thema vor. Sie machten eine Front gegen die Selbstbestimmung der Frauen auf. Im letzten Punkt dieser ‚Post‘ berichten wir darüber.

Die Grünen beantragten zudem, dass über die Kriterien bei der Vergabe der Schulsozialarbeit im Haupt- und Finanzausschuss berichtet wird. Wichtig ist ihnen, ob das Zuwendungsrecht zur Anwendung kommt. Bund oder Land können bestimmte Zwecke mit Zuwendungen fördern. Damit wird Einfluss auf die geförderten Bereiche genommen. Also: Wenn man Schulsozialarbeit wichtig findet, können Zuwendungen den Ausbau erleichtern.

Unser Problem ist dabei, dass diese Zuwendungen keinen gesetzlichen Anspruch auf stetige Unterstützung nach sich ziehen.

Die Koalition zeigte sich mit einem Änderungsantrag bereit, über das Für und Wider von Zuwendungen im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung zu berichten. Und das ist ja nicht falsch.

Antrag der Freien Wähler: Alle eingeplanten Mittel für einen Neubau der Kreisverwaltung streichen

Die Freien Wähler verweisen darauf, wie schwierig die Finanzlage ist: Es wird viel Geld gebraucht, um Geflüchtete unterzubringen, die Kosten für bereits begonnene Bauvorhaben steigen derzeit rapide an und es sind keine Zuschüsse von Bund oder Land zu erwarten.

Wir haben diesen Antrag unterstützt. Zwar ist noch unklar, wie teuer die neue Kreisverwaltung sein wird – aber billig wird das nicht. Erste Schätzungen gingen von über 400 Millionen aus. Die Koalition lehnte den Antrag mit ihrer Mehrheit ab.

Anträge der AfD: Gegen eine leicht zugängliche Schwangerschaftskonfliktberatung und für eine Normenkontrollklage zur Änderung des Flüchtlingsverteilungsschlüssels

Der Antrag gegen eine leicht zugängliche Schwangerschaftskonfliktberatung war gegen den Antrag der Grünen gerichtet (siehe oben). Die AfD beantragte, den „Schutz von ungeborenem Leben auf der Website des Kreises hervorzuheben“. In einer Rede, die unverhohlen die Positionen evangelikaler Fundamentalisten vertrat, stellte der AfD-Redner die Selbstbestimmung der Frauen als verfassungsfeindlich hin. Er kämpfte Frauenrechte wurden angegriffen. Die AfD will keine Gelder mehr für Gleichstellungsprojekte, will Schwangerschaftsabbrüche verbieten, faselt vom umfassenden Menschenrecht für das ungeborene Leben. Frauen, die selbst über ihren Körper bestimmen wollen, seien egoistisch und hätten kein Recht. Es gelte vor allem das ungeborene Leben zu schützen. Das sei ein elementares Menschenrecht.

Eine wirklich gelungene Vorstellung zum internationalen Frauentag!

Das haben wir dazu gesagt:

Wir sehen keinen Grund, den Antrag der Grünen abzulehnen. Hinweise auf Unterstützung sind für Schwangere immer hilfreich und besonders in Konfliktsituationen. Es ist doch gut, dass es professionelle Hilfen gibt. Warum soll man darauf nicht auf der Webseite des Kreises hinweisen? Den Experten für Geburt und Selbstbestimmung über den weiblichen Körper von der AfD frage ich: Wenn Sie so für die elementaren Menschenrechte sind:

Wie ist das mit dem Menschenrecht bei syrischen Flüchtlingskindern, die im Mittelmeer ersaufen müssen? Wie ist es mit dem Menschenrecht afrikanischer Kinder, die in Folge der Klima- veränderungen verhungern? Wie ist es mit dem Menschenrecht afghanischer Kinder, die aus ihrer Heimat flüchten und von Ihnen als Asyltouristen beschimpft werden?

Deutlicher kann die AfD Wetterau ihre rechte Gesinnung eigentlich nicht darstellen: Es gibt für sie Menschen mit Menschenrechten und was sind die anderen? Untermenschen?

Immer wieder wendet sich die AfD gegen die Aufnahme von Geflüchteten. Seit der Landrat überall in den Medien auftritt – von FAZ bis Bildzeitung – und einen Stopp bei der Aufnahme fordert, feiern die Rechten fröhliche Urständ. Auch wieder in dieser Kreistagssitzung. Die AfD will eine Normenkontrollklage erwirken und das Landesaufnahmegesetz geändert sehen. Die Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten sollten besser aufgeteilt werden.

Natürlich ist richtig, dass es eine hohe Belastung für den Wetteraukreis darstellt, Geflüchtete aufzunehmen und unterzubringen. Doch hier wird die Ausländerfeindlichkeit in ein besorgtes Mäntelchen verpackt. Die AfD will keine Geflüchteten. Schon gar nicht aus dem nichteuropäischen Ausland. Diese Migranten bezeichneten sie in ihrer Rede als „Asyltouristen“ und „Wirtschaftsflüchtlinge, die sich hier nur ein schönes Leben machen wollen“. Sie wollen, dass fertig ausgebildete Fachkräfte nach Deutschland kommen. Jetzt stellt sich die Frage: Werden die dann besser behandelt? Werden die dann vor rechten Übergriffen geschützt sein?



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber